

Ihre Gesprächspartner:

Andreas Stangl

Thomas Pilgerstorfer BSc

Präsident der AK Oberösterreich

Abteilung Wirtschafts-, Sozial- und

Gesellschaftspolitik in der AK Oberösterreich

Studie belegt: Vom Sozialstaat profitieren alle!
Der volkswirtschaftliche Wert des Gesundheitswesens und der Pflege

Pressekonferenz

Dienstag, 10. Juni April 2025, 11:30 Uhr

Arbeiterkammer Linz

Die rund 700.000 AK-Mitglieder in Oberösterreich haben sich die beste Gesundheitsversorgung verdient. Doch der Druck auf den Gesundheits- und Pflegebereich steigt immer mehr. Leidtragende sind nicht nur Patient:innen, sondern auch die Beschäftigten. Die Arbeiterkammer Oberösterreich hat daher eine Studie an der Johannes-Kepler-Universität bei Dr.ⁱⁿ Elisabeth Dreer am Forschungsinstitut für Bankwesen in Auftrag gegeben. Darin wird der volkswirtschaftliche Nutzen von zusätzlichen finanziellen Mitteln einschließlich jener zur Deckung des Personalbedarfs im Gesundheits- und Pflegebereich in unserem Bundesland bis zum Jahr 2030 untersucht.

Die wichtigsten Ergebnisse: Der Nutzen von Ausgaben im Gesundheits- und Pflegebereich übersteigt die Kosten. Nötige Gesamtausgaben von 5,9 Milliarden Euro im Jahr 2030 führen über Steuereinnahmen und einer gesteigerten Konsumnachfrage zu einem Nutzen von 7,1 Milliarden Euro. Durch diese Ausgaben profitieren nicht nur Patient:innen und Beschäftigte, sondern Oberösterreich insgesamt. Denn durch die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen im Gesundheits- und Pflegebereich werden auch in der restlichen Wirtschaft rund 12.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen bzw. gesichert. Angesichts der anhaltenden Rezession und der steigenden Arbeitslosigkeit, wäre das ein wichtiger wirtschaftlicher Impuls.

Der Gesundheits- und Pflegebereich ist eine wesentliche Säule unseres Sozialstaates. Auch wenn die Leistungen noch gut ausgebaut und qualitativ hochwertig sind, treten immer öfter Probleme auf, die mit langen Wartezeiten oder unbesetzten Arztstellen zu tun haben. Allein der steigende Bedarf durch die alternde Gesellschaft macht deutlich, dass es mehr Personal braucht. Jene Beschäftigten, die bereits im Gesundheits- und Pflegebereich arbeiten, müssen rasch entlastet werden. Denn sie sind schon seit längerem am Limit. Verstärkt wird der demografisch bedingte Personalbedarf auch noch durch die spürbaren gesundheitlichen Folgen des Klimawandels. Die oberösterreichische Bevölkerung steht hinter den Forderungen der AK. In einer Umfrage, die Teil der von der Arbeiterkammer Oberösterreich beauftragten Studie der Johannes Kepler Universität ist, gibt eine überwältigende Mehrheit an, dass es mehr Mittel und Personal braucht, um zukünftige Herausforderungen zu meistern.

Prognosen anhand von drei Szenarien

In der neuen Studie wurden drei mögliche Szenarien betrachtet, die aufeinander aufbauen:

- Das Szenario „Demografie“ schätzt die zukünftige Inanspruchnahme von Gesundheits- und Pflegeleistungen durch eine ältere Bevölkerung.
- Das Szenario „Klimabedingte Veränderungen“ berücksichtigt wachsende Belastungen durch die zunehmenden Extremwetter-Situationen.

- Im Szenario „Arbeitsentlastung“ wird auf demografische und klimabedingte Veränderungen eingegangen und ein zusätzliches Personalplus von 20 Prozent zur Entlastung der Beschäftigten dargestellt.

Rund 750 Millionen Mehreinnahmen durch zusätzliche Investitionen

Werden keinerlei finanzielle Anpassungen getroffen, liegen die Personalkosten in der Gesundheitsversorgung (Ärzt:innen im niedergelassenen und stationären Bereich, nichtärztliches Personal im stationären Bereich) im Jahr 2030 bei rund 2,5 Milliarden Euro und in der Langzeitpflege bei etwa 640 Millionen Euro. Durch den demografischen Wandel sind zusätzliche Personalausgaben von rund 408 Millionen Euro bis zum Jahr 2030 notwendig. Werden klimabedingte Effekte berücksichtigt, erhöhen sich die Mehrausgaben auf 565 Millionen Euro, durch die zusätzliche Entlastung des Personals steigen sie auf 1,316 Milliarden Euro. Dadurch werden im Szenario Arbeitsentlastung 11.571 vollzeitäquivalente Stellen im Gesundheits- und Pflegebereich finanziert.

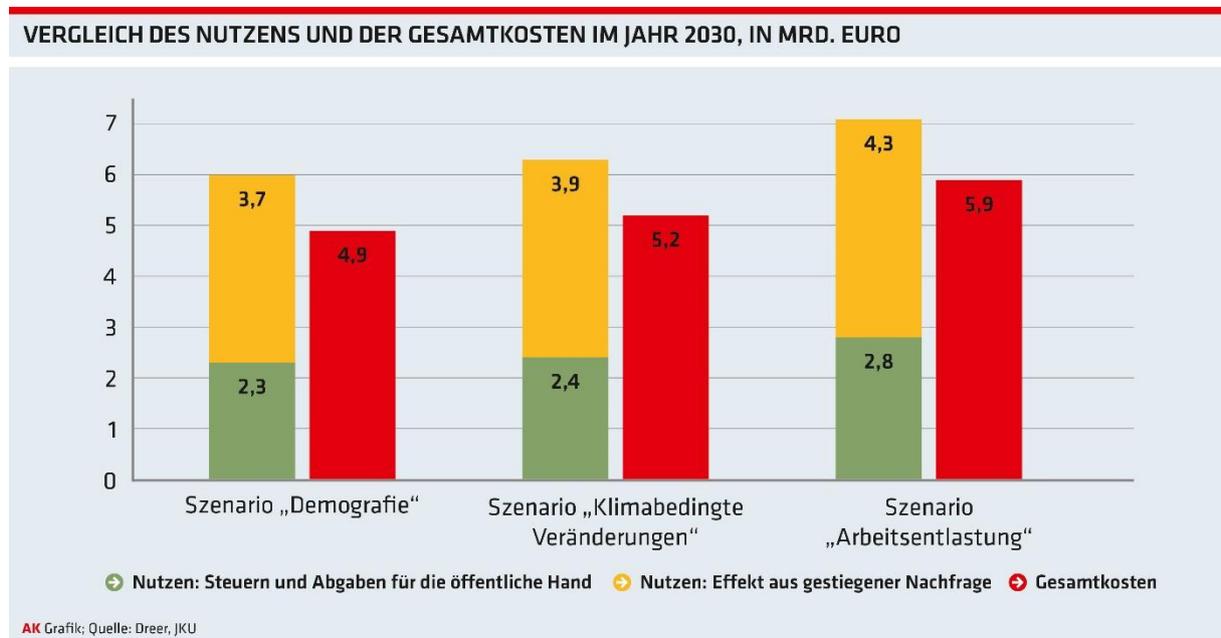
Die Mehrausgaben führen zu beträchtlichen Mehreinnahmen. Rund 57 Prozent des Personalaufwands – das sind rund 752 Millionen Euro – fließen laut Szenario „Arbeitsentlastung“ in Form von Steuern und Abgaben (darunter Lohn- und Mehrwertsteuer sowie Sozialabgaben) wieder an die öffentliche Hand zurück. Darüber hinaus können durch die Mehrausgaben und damit verbundene Nachfrageeffekte auch rund 12.000 zusätzliche Arbeitsplätze außerhalb des Gesundheits- und Pflegebereichs geschaffen bzw. gesichert werden.

Nutzen übersteigt Kosten

Ausgaben für Personal führen aber nicht nur zu höheren Einnahmen durch Steuern und Abgaben. Die Einkommen der Beschäftigten fließen als Konsumausgaben zurück in die Wirtschaft. Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen sind daher bedeutende Wirtschaftsfaktoren in ihren Regionen. Auch deshalb, weil Waren und Dienstleistungen häufig lokal bezogen werden, was die regionale Wirtschaft ankurbelt. Jährliche Gesamtkosten im gesamten Gesundheits- und Pflegebereich in Oberösterreich – inkludiert sind Kosten für Personal und Sachleistungen – von 5,9 Milliarden Euro im Jahr 2030 laut Szenario „Arbeitsentlastung“ stehen deshalb einem Nutzen von etwas mehr als 7 Milliarden Euro gegenüber.

In diesen mehr als 7 Milliarden Euro sind neben direkten Einnahmen für den Staat aus Steuern und Abgaben in der Höhe von 2,8 Milliarden Euro auch zusätzliche Nachfrageeffekte von rund 4,3 Milliarden Euro enthalten. Diese Zahlen zeigen eindrucksvoll, dass Ausgaben und Kosten auf der einen Seite auch Einnahmen und Nutzen auf der anderen Seite sind. Zudem führt dieser Effekt

aus einer gestiegenen Nachfrage dazu, dass in Oberösterreich 43.500 Arbeitsplätze (davon rund 12.000 zusätzlich), die über den Gesundheits- und Pflegebereich hinausgehen, geschaffen oder gesichert werden, was die volkswirtschaftliche Relevanz des Gesundheits- und Pflegebereiches in Summe verdeutlicht.



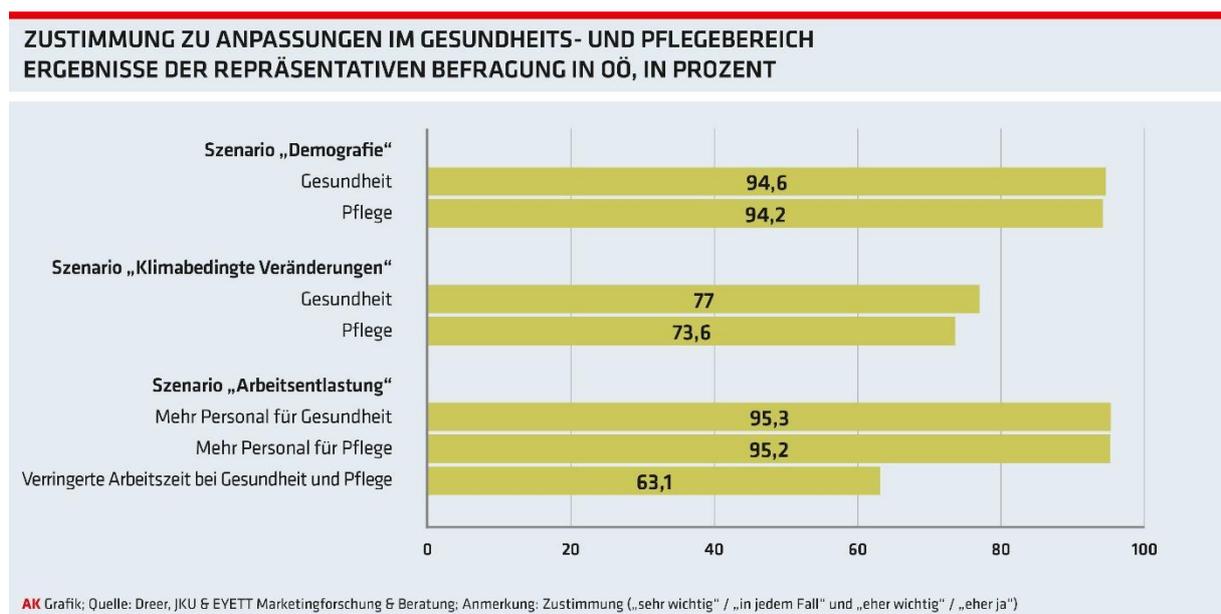
Zusätzlicher Personalbedarf bis zum Jahr 2030 nach Szenarien

Im Jahr 2022 zählte Oberösterreich im Gesundheitsbereich (Ärzt:innen im niedergelassenen und stationären Bereich, nichtärztliches Personal im stationären Bereich) 18.902 und in der Langzeitpflege 7.055 Beschäftigte. Wird adäquat auf demografische Veränderungen reagiert, bedeutet das ein notwendiges Personalplus von 1.871 Stellen im Bereich Gesundheit und 1.865 in der Langzeitpflege. Werden auch klimabedingte Effekte berücksichtigt, steigt der Bedarf auf 2.272 zusätzliche Stellen im Bereich Gesundheit und 3.044 in der Langzeitpflege. Im Arbeitsentlastungs-Szenario werden Demografie und Klima bereits berücksichtigt, sowie darüber hinaus Beschäftigte durch 20 Prozent zusätzliches Personal entlastet. Dadurch ergibt sich bis zum Jahr 2030 ein Personalbedarf von 6.507 Stellen im Gesundheitsbereich und 5.064 Stellen in der Langzeitpflege. Das sind insgesamt 11.571 Stellen, die zusätzlich zu jenen ohnehin nötigen Nachbesetzungen aufgrund von Pensionierungen zu verstehen sind.

Oberösterreichs Bevölkerung fordert mehr Personal

Die oberösterreichische Bevölkerung steht hinter den Forderungen der AK Oberösterreich nach mehr Personal. In einer repräsentativen Umfrage, die Teil der von der AK beauftragten Studie der Johannes Kepler Universität ist, geben rund 94 Prozent der Befragten an, dass Anpassungen des Gesundheitssystems an die Bedürfnisse einer älter werdenden Bevölkerung und zusätzliche Pflegeangebote „sehr wichtig“ oder „eher wichtig“ sind.

Durch die Klimakrise ist davon auszugehen, dass es mehr Hitzetage, mehr Tropennächte aber auch mehr Naturkatastrophen geben wird. Ungefähr drei Viertel der Befragten meinen, dass das Gesundheits- und Pflegesystem über ausreichende Ressourcen verfügen muss, um dieser Belastung etwas entgegenzusetzen. Dass zusätzliches Personal hilft, die Herausforderungen einer älter werdenden Bevölkerung und der klimabedingten Veränderungen zu bewältigen, stimmen 95 Prozent der Befragten zu.



Personelle Anpassungen brauchen zusätzliche finanzielle Mittel. Die Frage, ob dieses Geld aus dem Budget des Land Oberösterreichs kommen soll, beantworten 90 Prozent der Befragten mit „in jedem Fall“ oder „eher ja“.

Forderungen der AK OÖ

- Es braucht eine gerechte, qualitative Gesundheits- und Pflegeversorgung für alle Menschen in Oberösterreich.
- Wartezeiten auf Leistungen des öffentlichen Gesundheitssystems müssen in allen Bereichen drastisch reduziert werden.

- Bessere Arbeitsbedingungen im Gesundheits- und Pflegebereich müssen geschaffen werden. Dazu gehören gesunde Arbeitszeit-Modelle, ausreichend Kolleg:innen in allen Bereichen und verlässliche Dienstpläne.
- Verbindliche Personalberechnungsmodelle für den gesamten Gesundheits- und Pflegebereich.
- Bessere finanzielle Absicherung für alle, die eine Aus- und Weiterbildung im Gesundheits- und Pflegebereich machen.
- In den laufenden Ausgaben zum Finanzausgleich braucht es mehr Geld für Gesundheits- & Pflegeleistungen.